



## Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 23.12.2021:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Sitzungen der thematischen Untergruppen fanden am 21.12., die der Kontaktgruppe am 22.12. statt

**21.12.:**

### Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe: **Die Sitzung der Untergruppe zu humanitären Fragen ist beendet**

Die ukrainische Seite war nicht bereit, sachbezogen irgendwelche Fragen der Tagesordnung zu erörtern.

Die gesamte Rhetorik der ukrainischen Seite lief auf Versuche hinaus, zuvor übernommene Verpflichtungen zu revidieren und die Verweigerung sie umzusetzen, durch das Bestreben „ohne Verzögerung“ „dringende“ Entscheidungen angeblich „im Interesse der Menschen“ zu treffen. Dabei bestand Kiew darauf, dass die Behandlung dieser „dringenden“ Fragen nicht mit den Momenten verbunden werden darf, in denen die Ukraine offen falsch spielt:

- in Fragen neuer Passierpunkte weigert sie sich, die Parameter ihrer Funktion zu vereinbaren und blockiert die Wiederherstellung des Mechanismus gegenseitiger Sicherheitsgarantien;
- in Fragen des Gefangenenaustauschs ignoriert sie die Verpflichtungen zur prozessualen Freistellung der Personen, die 2019 und 2020 befreit wurden, trotz der Unterschriften ihres offiziellen Vertreters unter diesen Dokumenten.

So war die ganze Logik des Vertreters der Ukraine auf offener Ablehnung zuvor übernommener Verpflichtungen aufgebaut.

Wir waren gezwungen, die Aufmerksamkeit auf den von uns vor mehr als einem Jahr eingebrachten Entwurf eines Fahrplans zur friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass entsprechend der Minsker Vereinbarungen zu lenken, worin eine komplexe allumfassende Lösung vorgeschlagen wird, und der auf der klaren logischen Folgerichtigkeit der notwendigen Handlungen zur Umsetzung der im Rahmen der Minsker Verhandlungen übernommenen Verpflichtungen aufgebaut ist.

Wir haben darauf verwiesen, dass die Umsetzung eines Austauschs, die die Ukraine „durchzudrücken“ versuchte, wobei sie sich weigert, die zwei vorangegangenen abzuschließen (die prozessuale Freistellung ist nicht umgesetzt), durch diesen Fahrplan für den dritten Tag nach dessen Bestätigung durch die Oberste Rada vorgesehen ist. Und solche Ausflüchte der Ukraine in Bezug auf die prozessuale Freistellung zwingen uns, eine Befestigung der Verpflichtungen der Ukraine für alle Regelungen der Minsker Vereinbarungen auf gesetzgeberischer Ebene zu fordern.

Nur solch ein normativ garantierter Weg würde für uns sicherstellen, dass Kiew damit aufhört, mit der „nicht vorhandenen Verpflichtung“ der von der Kontaktgruppe getroffenen Entscheidungen für

die Ukraine“ und „der Unmöglichkeit, die übernommenen Verpflichtungen im ukrainischen Rechtsraum umzusetzen“ zu manipulieren.

Im Ergebnis verlief die heutige Sitzung zum großen Teil mit Versuchen, das Problem, dass die Ukraine sich zuvor vereinbarten Entscheidungen entzieht, konzeptionell zu lösen, und praktisch ohne eine Erörterung der wesentlichen Fragen der Tagesordnung.

*Marija Kowscharj, Pressesekretärin der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen*

### **Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe: Die Sitzung der Untergruppe zu Fragen der Ökonomie und des Wiederaufbaus ist beendet**

Als eine der ersten wurde die Frage der unzuverlässigen Qualität des Wassers, das vom von Kiew kontrollierten Territorium in die LVR geliefert wird, erörtert. Die Seiten erörterten das Problem ausgewogen, es gibt die Erwartung, dass die Wasserqualität in der nächsten Zeit den Normativen entsprechend angepasst wird.

Es wurden auch andere Aspekte der Wasserversorgung der Territorien der LVR und DVR erörtert sowie Fragen der Organisation der Arbeit einer Expertengruppe zur Ökologie und die Schulden von Vodafone für den verbrauchten Strom.

In Fragen der Eisenbahn gab es keinen Fortschritt.

Die Erörterung der Wiederaufnahme der sozialökonomischen Verbindungen wird auch von der ukrainischen Seite blockiert, indem die Möglichkeit der Arbeit an diesem Thema mit allem Möglichen verknüpft wird – mit Fragen der Sicherheit, den Ergebnissen der Vereinbarungen in anderen Untergruppe, einer allgemeinen Regelung, anderen äußeren Faktoren, aber nur nicht mit ihrer fehlenden Bereitschaft zu sachbezogener Arbeit...

So demonstriert die Ukraine ein vollständiges Fehlen von politischem Willen zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen, die in Punkt 8 des Maßnahmekomplexes festgelegt sind.

*Marija Kowscharj, Pressesekretärin der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen*

### **Telegram-Kanal der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe: Wenn die Ukraine zum Wesentlichen nichts zu sagen hat, sucht sie Gefahren für ihre „Integrität“**

Im Rahmen der heutigen Sitzung der Arbeitsgruppe zu politischen Fragen wurde klar, dass der Eifer der ukrainischen Seite für produktive Arbeit zusammen mit dem Abschluss der Verhandlungen der Präsidenten der RF und der USA vergangen ist.

Die Vertreter der ukrainischen Delegation gingen wieder zur Taktik von Manipulationen mit Worten, unverständlichen Fragen sowie Provokationen über, mit einem einzigen Ziel – eine sachbezogene Erörterung des Fahrplans zu verhindern.

Herr Kostin erklärte, dass sie im Rahmen der Arbeitsgruppe nur auf Grundlage ihrer Vorschläge arbeiten werden. Es ist bemerkenswert, aber wie der ukrainische Verhandlungsteilnehmer sich äußerte, sind die „ukrainischen Vorschläge zum Fahrplan nicht mit der ukrainischen Gesetzgebung abgestimmt“ und ein Gesetzentwurf über eine Verfassungsreform existiert in ausformulierter Form gar nicht und befindet sich auf der Ebene öffentlicher Erörterungen.

Nachdem sie das oben Gesagte überdachte hatte, beeilte sich die ukrainische Seite, ein Versprechen abzugeben, ihren Handlungsplan zu erneuern und stellte eine neue Frage, die an ein Foul grenzte: „Wo ist in den Minsker Vereinbarungen von der Schaffung einzelner Bezirke die Rede?“

Im Lichte der erklärten Position und deutlich werdenden Fakten kamen bei den Vertretern der Republiken eine Masse von Fragen auf, für die Herr Kostin nicht bereit war. Der ukrainische Verhandlungsteilnehmer fand nichts Besseres als in den Worten der Vertreter der DVR und der LVR eine „Gefahr für die territoriale Integrität der Ukraine“ zu finden, worauf er dann seine Aufmerksamkeit in den verbleibenden zwei Stunden der Verhandlungen konzentrierte.

So sabotiert das offizielle Kiew demonstrativ die Arbeit an einem konsolidierten Entwurf des Fahrplans durch vergebliche Versuche, ein absolutes Diktat seiner Interpretation des Prozesses der friedlichen Regelung des Konflikts durchzusetzen, ungeachtet deren Unhaltbarkeit und der Absurdität der Methoden, mit denen sie den anderen Verhandlungsteilnehmern aufgedrängt wird.

*Wladislaw Moskwskij, Pressesekretär der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe*

**Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe:** Nach 14 Monaten hat die ukrainische endlich den Entwurf der Republiken des Donbass für einen Fahrplan zur Kenntnis genommen, was es sogar erlaubte, eine gewisse Erörterung einzelner Regelungen durchzuführen, aber auf das allgemeine Ergebnis der Sitzung der Untergruppe zur politischen Fragen hatte das keinen Einfluss.

Wie in beiden vorhergehenden Sitzungen versuchte die ukrainische Seite mit allen Kräften einer sachbezogenen Arbeit zum Fahrplan zu entgehen, indem sie die Sitzung zur „Erörterung um der Erörterung willen“ trieb. Im Ergebnis ging Herr Kostin so weit, dass er ein Geständnis abgab: Die Ukraine versteht offenbar nicht, was die „einzelnen Bezirke der Oblaste Donezk und Lugansk“ sind, was der besondere Status bedeutet und warum er sich nur auf das Territorium der Republiken des Donbass erstrecken soll.

Die Vertreter des Donbass merkten an, dass sie nicht dagegen sind, falls der besondere Status sich auf das Territorium der gesamten Oblaste Donezk und Lugansk erstrecken würde, wenn man berücksichtigt, dass das Referendum 2014 auf dem gesamten Territorium dieser Oblaste stattfand. Danach erklärte der ukrainische Vertreter, dass man ihn nicht richtig verstanden habe und dass sie in der nächsten Zeit entsprechende Änderungen in ihren Entwurf des Fahrplans einbringen würden. So ist es im Rahmen der Sitzung sogar gelungen, mit der ukrainischen Seite einige spezielle Positionen des Entwurf des Fahrplans zu erörtern.

Aber dies hat weder auf das allgemeine Verhalten der ukrainischen Seite noch auf die Ergebnisse der Sitzung im Ganzen einen Einfluss gehabt – Kiew hat weiter alle Anstrengungen unternommen, um einer sachbezogenen Arbeit am Fahrplan auszuweichen.

*Marija Kowscharj, Pressesekretärin der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen*

**Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe: Die Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit ist beendet.**

Die Sitzung war dem Entwurf einer „Erklärung über Mechanismen zur Gewährleistung einer bedingungslosen Umsetzung der Maßnahmen zur Verstärkung der Regimes der Feuereinstellung“ gewidmet.

Leider wurden alle vier Stunden der Arbeit der Untergruppe heute, wie auch die 14 Stunden der vorangegangenen Sitzungen, aufgrund des abstrakten Geschwafels der ukrainischen Seite verschwendet.

Zu unseren deutlich benannten prinzipiellen Positionen entzieht sich die Ukraine systematisch den Antworten auf direkt gestellte Fragen, indem sie in weitschweifiges Geschwätz abgleitet:

- Wer, wessen Vertreter und wie arbeiten im Koordinationsmechanismus im Rahmen des GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung zusammen?
- Ist die Ukraine bereit, Erklärungen zu gewährleisten, die die Erklärungen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte aufheben, die es den ukrainischen Soldaten erlauben, die Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung zu verletzen?

Im Ergebnis ist es der Untergruppe zur Sicherheit nicht gelungen, auch nur mit der Arbeit am Text des Dokuments zu beginnen.

Und während während die Ukraine den Antworten auf prinzipielle Fragen auswich und versuchte, den Koordinator Čevik davon zu überzeugen, die Vereinbarung irgendwelcher Punkte festzuhalten, die tatsächlich nicht einmal erörtert wurden und nur in der fiebrigen Einbildung der ukrainischen Seite existieren, steigt die Anspannung an der Kontaktlinie durch Beschuss und Provokationen der BFU: Nach Angaben des Koordinators Čevik ist die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung in den letzten zwei Wochen fünfmal so hoch wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Eine reale Deeskalation des Konflikts im Donbass interessiert Kiew nicht. Stattdessen geht die Imitation eines eifrigen „Strebens nach Frieden“ in vollem Gang weiter.

*Marija Kowscharj, Pressesekretärin der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen*

22.12.:

**Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR:** Die Diskussion zu **Fragen der Sicherheit** im Rahmen der Kontaktgruppe endete heute mit dem Unwillen Kiews, eine Reihe von uns vorgeschlagener praktischer Schritte zur Senkung der Eskalation und zu einer effektiven Einhaltung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung zu erfüllen.

„Bei der heutigen Sitzung der Kontaktgruppe versuchte die ukrainische Seite wieder, eine weitere leere und deklarative Variante des Entwurfs einer Erklärung der Kontaktgruppe vorzulegen. Dieser Entwurf enthielt wieder keine einzige unserer prinzipiellen Positionen, die wir Kiew mehr als detailliert und deutlich im Laufe einiger mehrstündiger Sitzungen der Kontaktgruppe einschließlich eines außerplanmäßigen Treffens erklärt haben.

Trotz der von der Ukraine gewählten Taktik, unsere Forderung zu ignorieren, streben wir dennoch an, alles uns Mögliche dafür zu tun, um den Beschuss von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen zu stoppen und die Anspannung an der Kontaktlinie auf ein Minimum zu bringen. Gerade zu diesem Zweck haben wir der Ukraine vorgeschlagen, damit aufzuhören, deklarative Erklärungen der Kontaktgruppe zu vereinbaren, und deutliche praktische Schritte zur Rückkehr der Einhaltung der Maßnahmen zur Verstärkung des Waffenstillstands zu tun. Dazu muss eine Erklärung des obersten Kommandos der ukrainischen Streitkräfte über die Einhaltung der Maßnahmen bezüglich des Punktes, der die Unzulässigkeit der Erwidern des Feuers ohne Befehl der obersten Führung der BFU betrifft, abgegeben werden. Diese Frage hat besondere Aktualität, weil die Vertreter dieser Formationen häufig mit Erklärungen aufgetreten sind, die direkt den Maßnahmen insgesamt und diesem Punkt im Besonderen widersprechen.

Der zweite Schritt ist einfach: Den Beschuss einstellen.

Im Ergebnis bestätigten die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer nicht ihre Bereitschaft, die vorgeschlagenen Schritte umzusetzen.

Wir hoffen, dass die ukrainische Seite sich dennoch auf eine Position zugunsten der Umsetzung des heute von genannten Mechanismus in der Praxis festlegt. Andernfalls werden wir gezwungen sein, ein weiteres Mal zu konstatieren, dass die Ukraine sich überhaupt nicht für Frieden und Ruhe im Donbass interessiert und dass alle unsere Versuche, die Spannung zu senken, durch die völlige Gleichgültigkeit gegenüber Leben und Gesundheit der Einwohner der Republiken von Seiten Kiews zunichte gemacht werden“, erklärte die bevollmächtigte Vertreterin der DVR, die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa.

Der Vertreter der DVR in der **Gruppe zu ökonomischen Fragen** hat einen Brief an die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer gerichtet mit der Forderung, die Situation mit der unzuverlässigen Qualität des Wassers, das aus den Reservoirien auf ukrainischem Territorium in das Wasserleitungssystem der Republik kommt, aufzuklären.

Kiew hat das Problem mit der Qualität des unseren Einwohnern gelieferten Wasser nicht geleugnet und uns informiert, dass die ukrainische Seite derzeit Ermittlungen über die Umstände der Verschmutzung der Wasserressourcen durchführt.

Wir erwarten offizielle Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen von der Ukraine. Außerdem merken wir an, dass von Seiten der DVR alle Maßnahmen unternommen wurden, um eine Verbreitung des verschmutzten Wassers unter unseren Verbrauchern zu verhindern. Insbesondere versorgt sich die Republik derzeit mit sauberem Wasser aus eigenen Reservoirien.

Bei der heutigen Sitzung der Kontaktgruppe haben die Republiken eine sehr wichtige **humanitäre** Initiative vorgebracht, der sich Kiew ohne ein einziges logisches Argument verweigert hat.

„Heute haben wir eine sehr wichtige und bedeutsame Initiative eingebracht: die Funktion der Kontroll- und Passierpunkte zwischen den Republiken und der Ukraine für die Zeit der Neujahrs- und Weihnachtsfeiertag wieder aufzunehmen mit einer vorläufigen Abstimmung und Einhaltung einer Reihe epidemiologischer Bedingungen im Zusammenhang mit der Gewährleistung von Sicherheit für die Gesundheit der Bürger in der Zeit der Pandemie“, sagte Natalja Nikonorowa.

Aber die ukrainische Seite antwortete buchstäblich sofort, selbst ohne eine Erörterung und Detaillierung der Einzelheiten, auf diesen Vorschlag ablehnend. So haben die ukrainischen Vertreter

direkt bestätigt, dass sich dieser Staat um keine Erleichterung des Lebens der Bürger oder Sorgen um ihr Leben und ihre Gesundheit kümmert.

„Das Schicksal der festgehaltenen Personen kümmert die Ukraine auch nicht: Nach wie vor sind die Personen, die zuvor den Republiken übergeben wurden, nicht von strafrechtlicher Verfolgung freigestellt. Es gibt keine Garantien oder wenigstens ein Einverständnis, dass die Ukraine beabsichtigt, die Minsker Vereinbarungen vollständig umzusetzen. Diese Situation blockiert entsprechend die Möglichkeit weiterer Austausche. Von Gesten des guten Willens ist nicht die Rede: Die DVR und die LVR haben nicht nur einmal im Rahmen einseitiger humanitärer Initiativen festgehaltene Personen freigelassen. Von der ukrainischen Seite ist einseitig kein einziger unserer Einwohner zurückgekehrt, sogar der Vertreter der LVR im GZKK Andrej Kosjak, der hinterlistig von ukrainischen bewaffneten Formationen entführt wurde.

Wir haben die Ukraine aufgerufen, wenigstens eine humanitäre Aktion durchzuführen und uns Andrej Kosjak und jemand von den festgehaltenen Menschen, die die Ukraine angeblich austauschen will, zu übergeben. Aber dies wurde uns verweigert.

Mit einem solchen Verhalten hat die ukrainische Regierung demonstriert, dass sie selbst im Vorfeld der Neujahrsfeiertage nicht bereit zu irgendwelchen humanitären Schritten ist, um real Menschen zu helfen. Kiew zieht es vor, das Wohlergehen von Millionen Menschen zu opfern, nur um nicht mit uns in einen direkten Dialog einzutreten und nicht zu einem Konsens zu kommen“, schloss die bevollmächtigte Vertreterin der DVR.

Die nächste Sitzung der Kontaktgruppe findet am 26. Januar 2022 statt

### **Telegram-Kanal des Außenministeriums der LVR: Die Ukraine hat den neuen Vorschlag der Republiken zur Deeskalation des Konflikts nicht unterstützt**

Im Rahmen der Arbeit zu Fragen der Sicherheit der Kontaktgruppe hat sich die Position der Ukraine nicht verändert. Wie zuvor wurde die Annahme einer „Erklärung über Mechanismen zur Gewährleistung einer bedingungslosen Umsetzung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung“ von Kiew blockiert, das vorschlug, von der Berücksichtigung der von uns zuvor benannten prinzipiellen Positionen abzusehen.

Es ist offensichtlich, dass die Vereinbarung einer formalisierten Erklärung der Kontaktgruppe unter solchen Bedingungen in der nächsten Zeit unmöglich ist. Aber das Hauptziel der Republiken besteht nicht in der Annahme von Erklärungen „für ein Bild“, sondern in der Umsetzung realer Schritte zur Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung.

Zu diesem Zweck haben die Republiken der Ukraine vorgeschlagen:

- zur Einhaltung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung zurückzukehren;
- dabei öffentlich auf der Eben des obersten Kommandos der ukrainischen Streitkräfte zu erklären, dass die Ukraine die Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung vollständig einhält, darunter auch die Regelungen für die Erwiderung des Feuers mit einer klaren Anweisung dieser Regelung;
- Kiew muss die Beschießungen einstellen.

Die Umsetzung dieser Schritte ist notwendig, damit Kiew zum Regime der Feueereinstellung und zur Deeskalation der Situation an der Abgrenzungslinie zurückkehrt.

Auf unseren weiteren konstruktiven praktischen Vorschlag ist von der ukrainischen Seite keine klare Antwort erfolgt.

Dennoch werden wir von der Ukraine praktische Handlungen erwarten.

*Wladislaw Dejnogo, Außenminister der LVR, bevollmächtigter Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen*

### **Telegram-Kanal des Außenministeriums der LVR: Die Ukraine hat die Vorschläge der Republiken des Donbass zur Vereinfachung der Regeln zu Überschreitung der vorläufigen Passierpunkte blockiert.**

Heute haben die Republiken des Donbass bei der Sitzung der Kontaktgruppe vorgeschlagen, die

Regeln für die Überschreitung der Kontroll- und Passierpunkte der LVR/DVR und der Ukraine für den Zeitraum der Neujahrs- und Weihnachtsfeiertag vom 28.12.2021-10.01.2022 zu erleichtern. Es wurde vorgeschlagen, dass die Bürger in beide Richtungen passieren können, indem einheitliche sanitäre Anforderungen für den Übertritt vereinbart werden, um eine mögliche Infektion der Bürger zu verhüten.

Aber die Ukraine verweigerte eine solche Vereinbarung und hat damit vollständig unseren Vorschlag zur Öffnung der Passierpunkte blockiert.

Auf gleiche Weise verweigerte die Ukraine auch alle humanitären Schritte zur Freilassung gesetzwidrig festgehaltener Personen, unter anderem des Vertreters der LVR im GZKK Andrej Kosjak. Kiew wollte auch nicht die Begnadigung der bereits freigelassenen Personen im Rahmen der Umsetzung seiner Verpflichtungen zur prozessualen Freistellung gewährleisten.

So haben die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer ein weiteres Mal mit Leichtigkeit die humanitären Fragen, die Interessen der eigenen Bevölkerung, zugunsten politischer Ambitionen der Führung des Landes geopfert.

*Wladislaw Dejnogo, Außenminister der LVR, bevollmächtigter Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen*

### **lug-info.com: Erklärung des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen, des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnogo**

Bei der Erörterung des politischen Fragen bestätigte der Vertreter der Ukraine in der Kontaktgruppe, dass Kiew an der Umsetzung der eigenen These des „Strebens nach Frieden“, die hartnäckig in den Medien deklariert wird, „an Ort und Stelle“ nicht interessiert ist.

Der Vertreter der Ukraine Kostin erklärte, dass er nicht verstehe, warum die Republiken eine Forderung zur Bestätigung des Fahrplans durch das ukrainische Parlament vorbringen. Er gehe davon aus, dass das nicht nötig sei.

Aber wie kann die Ukraine anders beweisen, dass sie bereit ist, in der Kontaktgruppe gefasste Entscheidungen umzusetzen?

In sieben Jahren hat die Rada bereits mehr als ein Dutzend Entscheidungen getroffen, die direkt die Minsker Vereinbarungen verletzen. Und diese sieben Jahre überzeugen uns an praktischen Beispielen, dass die Rada nicht beabsichtigt, irgendetwas umzusetzen, dass der Ukraine durch die Minsker Vereinbarungen vorgeschrieben ist. Dasselbe tun auch die übrigen Staatsorgane der Ukraine.

Aber falls dieser Eindruck falsch ist, so muss die Rada ein Mittel finden, in der Praxis ihre Bereitschaft zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen zu beweisen. Mindestens alle den Minsker Vereinbarungen widersprechenden normativen Akte aufheben und in irgendeiner für sie akzeptablen Forum den von der Kontaktgruppe vereinbarten Fahrplan (Handlungsplan) zur friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass entsprechend den Minsker Vereinbarungen unterstützen.

Dies ist ein Schritt, der es ermöglichen würde, das Vertrauen im Verhandlungsprozess wiederherzustellen und am wichtigsten der eine Bestätigung dessen wäre, dass die Entscheidungen, die in der Kontaktgruppe getroffen werden, nicht nur ein Papier auf dem Tisch sein werden, sondern reale Schritte zur Regelung des Konflikts werden.

Aber die praktischen Schritte zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen interessieren Kiew derzeit wenig. Das einzige, was die derzeitige ukrainische Regierung interessiert ist, die westlichen Kuratoren von ihrem „Streben nach Frieden“ und der Realität der aus den Fingern gesogenen „äußeren Gefahr“ zu überzeugen, um auch weiter das Medienbild eines „Opfers“ zum erbetteln weiterer Gaben und Unterstützung zu nutzen.